



Gewerkschaft der Polizei

Bundespolizei | Zoll

Gewerkschaft der Polizei · Forststraße 3a · 40721 Hilden

An die SPD Bundestagsfraktion

**Bezirk Bundespolizei | Zoll
Bezirksvorstand**

Forststraße 3a
40721 Hilden

Telefon: 0211 7104-0
Telefax: 0211 7104-555

gdp@gdp-bundespolizei.de
www.gdp-bundespolizei.de

Offener Brief

14. Oktober 2026

Anpassung des Bundesdisziplinargesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Bezug auf die Bestrebungen der Bundesregierung, die Resilienz innerhalb der Sicherheitsbehörden zu stärken. In diesem Zusammenhang weist die Gewerkschaft der Polizei (GdP) – Bezirk Bundespolizei | Zoll mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass die Zurückstufung, die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis sowie die Aberkennung des Ruhegehalts zwingend einer gerichtlichen Entscheidung vorbehalten bleiben müssen. Wir fordern Sie nachdrücklich auf, diesen Grundsatz im Rahmen einer Anpassung des Bundesdisziplinargesetzes (BDG) umzusetzen.

Bereits in unserer Stellungnahme von 2023 zum Gesetz zur Beschleunigung von Disziplinarverfahren haben wir den pauschalen Ersatz der Disziplinaranzeige durch behördliche Verfügungen bei statusrelevanten Maßnahmen abgelehnt und die Konzentration von Einleitung, Untersuchung und Sanktionierung bei der Beschäftigungsbehörde kritisiert.

Auch ein nachträglich eröffneter Rechtsweg beseitigt aus unserer Sicht nicht die Machtasymmetrie zwischen Behörde und Betroffenen. Die institutionelle Trennung von Verfahrenseinleitung und Entscheidung schützt Beamtinnen und Beamte vor sachfremder, politischer Einflussnahme sowie vor disziplinarischem Anpassungsdruck. Gerade in Sicherheitsbehörden müssen Beschäftigte rechtsstaatlich handeln und rechtliche Bedenken äußern können, ohne um ihre berufliche Existenz fürchten zu müssen.

Ein konsequentes Vorgehen gegen Verfassungsfeinde sowie zügige Verfahren bleiben unverzichtbar, sofern der Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung verlassen wird. Eine Beschleunigung muss jedoch durch wirkungsvolle Verfahrensregeln und qualifizierte Ermittlungen erreicht werden. Unabhängige gerichtliche Entscheidungen stärken dabei die demokratische Resilienz der Sicherheitsbehörden nachhaltig. Gern bringen wir unsere Vorschläge in die weitere Ausgestaltung ein.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Roßkopf

Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll